

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

141 (20.10.1948)

# KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Ercheinungsweise: Täglich, außer Donnerstagen und Sonntagen.  
Redaktion: Verlagsabteilung und Druck: Karlsruhe, Waldstraße 24.  
Telefon Nr. 912/913 (Dringende Presse), Anzeigenabteilung und Ver-  
trieb: Karlsruhe, Kaiserstr. 69, Telefon 8649. Buchdruck: Pflanzelstr. 20.  
Bittlingen, Schöllhammer Straße 5 (Druckerei Graf), Telefon Nr. 187

Bezugspreis monatlich DM 2,40 einschließlich Trägergebühr,  
Postzustellung DM 2,30 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigen-  
preise: Die sechsseitige, 46 mm breite Millimeterzeile Milli-  
meter-Grundpreis DM — 30, im übrigen nach Zeit gültiger Preis-  
liste Nr. 34. — Postfachkonto: Postbeckenamt Karlsruhe Nr. 80 335.

2. Jahrgang / Nr. 141

Karlsruhe, Mittwoch, 20. Oktober 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Vulkan-Ausbruch in Chile

Santiago, Chile, 19. Okt. (UP). Der Vulkan auf dem Berge Villarica in Chile brach am Montag aus. Seine Lavamassen zerstörten vier Dörfer. Dabei kamen, nach bisherigen Berichten, 50 Personen ums Leben.

## General Clay nach New York

Berlin, 19. Okt. (DENA). Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, hat am Dienstagmorgen Berlin auf dem Luftwege verlassen, um sich nach New York zu begeben.

## Sowjetisches Weißbuch

Paris, 19. Okt. (DENA-AFP). Die sowjetische UN-Delegation verteilte am Dienstag an die anderen Delegationen ein vom sowjetischen Außenministerium herausgegebenes Weißbuch, das den Titel „Die Sowjetunion und die Berliner Frage“ trägt. Das Weißbuch enthält 14 Dokumente, die sich mit dem Berliner Problem während des Zeitraumes vom 13. Februar 1948 bis 3. Oktober d. J. befassen.

## Nun doch Demontagestop?

Washington, 19. Okt. (DENA-REUTERS). Großbritannien hat, wie hier verlautete, dem ERP-Administrator Paul G. Hoffman sein Einverständnis mit einem vorläufigen Demontagestop bei 126 größeren Werken der Blöcke erklärt. Bei weiteren 407 Fabriken sollen die Abbauarbeiten verlangsamt werden. Eine offizielle Ankündigung dieses Beschlusses wird erst dann erfolgen, wenn auch die französische Regierung ihren Standpunkt darlegt. Mit ihrer Zustimmung zu der von Hoffman vorgeschlagenen Demontagepolitik wird, wie aus Kreisen der französischen Botschaft in Washington verlautete, gerechnet.

## Arbeiter verhindern Demontage

Düsseldorf, 19. Okt. (DENA). Die Arbeiter des Radial-Werkwerkes der Rheinischen Röhrenwerke hinderten am Montag die Arbeiter der Demontagefirma daran, mit der Demontage der lebenswichtigen Anlagen des Werkes zu beginnen. Die Demontagearbeiter stellten daraufhin die weitere Demontage der übrigen Anlagen fort. Die britische Mil.-Reg. hat noch nicht mitgeteilt, was sie zu tun beabsichtigt, falls die Arbeiter ihre Haltung nicht ändern.

## Transportarbeiterstreik beendet

Frankfurt, 19. Okt. (DENA). Durch einen Spruch des Schiedsgerichtes wurde der Transportarbeiterstreik in Hessen am Montagabend nach fünfzigstündiger Dauer beendet. Gemäß der Entscheidung des Ausschusses werden ab Dienstag in allen Lohngruppen sowie Alters- und Ortsklassen die Tariflöhne um 15 Prozent sowie die Gehälter für Kaufm. Angestellte des Transportwesens ebenfalls um 15 Prozent erhöht.

## Marken-Großfälschungen in NRW aufgedeckt

Die vom Einzelhandel eingereichten Marken waren bis zu 90 Prozent falsch

Düsseldorf, 19. Okt. (DENA). Lebensmittelmarkenfälschungen von derartigem Ausmaß, daß örtliche Störungen der Lebensmittel-Versorgung auftraten, sind von der Polizei in Nordrhein-Westfalen aufgedeckt worden. Die falschen Marken wurden so geschickt hergestellt, daß nur Fachleute sie von den richtigen unterscheiden können. Selbst die Annahmestellen der Ernährungsbehörden hatten die Fälschungen nicht als solche erkannt, so daß in den Lebensmittelabrechnungsstellen im Lande stellenweise bis zu 90 Prozent der vom Einzelhandel eingereichten Marken falsch waren. Die Fälscher gehören nach Mitteilung der Kriminalpolizei zu drei Banden, die weit über Düsseldorf hinaus

## Erneut Waffenruhe in Palästina gefordert

Sicherheitsrat erörtert Bunche-Bericht — Araber und Juden beschuldigen sich gegenseitig

Paris, 19. Okt. (DENA). Der Welt-sicherheitsrat beschloß am Dienstag einstimmig, in Übereinstimmung mit dem Bericht des UN-Vermittlers, Dr. Bunche, Juden und Araber zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten im Wüstengebiet von Negeb aufzufordern. Dieser Beschluß kam auf Grund eines sowjetischen Vorschlages zustande, wonach der Sicherheitsrat nur über die Feindstellung abstimmen sollte. Vorher war folgende Resolution angenommen worden: Zurückziehung beider Parteien auf die Stellungen, die sie vor Ausbruch der neuen Kämpfe innehatten; Annahme der Beschlüsse der Waffenstillstandskommission hinsichtlich des Durchfahrtsrechts von Lastwagenkolonnen zu den jüdischen Siedlungen im Negeb;

beide Parteien sollen mit Vermittlung der UN Verhandlungen über wichtige Stationierung von UN-Beobachtern im Wüstengebiet von Negeb aufnehmen. Die Sitzung des Rates war zur Erörterung eines von dem amerikanischen UN-Vermittler, Dr. Ralph Bunche, ausgearbeiteten Berichtes über die im Negeb vor vier Tagen erneut zum Ausbruch gekommenen Kämpfe zwischen israelischen und ägyptischen Truppen einberufen worden. Der Vorsitz führte der amerikanische Delegierte Warren Austin. Er hatte die Vertreter Israels, des Libanon, Ägyptens und des arabischen hohen Komitees als interessierte Parteien zur Teilnahme an der Sitzung eingeladen. Die Delegierten des hohen Komitees

waren jedoch nicht erschienen. Dr. Bunche legte dar, daß Ägypten seine Aufforderung zur Einstellung des Feuers allein unter der Bedingung akzeptiert habe, daß diese Forderung auch von Israel angenommen wird. Die Hauptpunkte des Berichtes von Dr. Bunche waren: 1. Ernste Verletzungen des Waffenstillstandes im Negeb; 2. sowohl Araber als auch Juden haben sich mit ihrer Weigerung, den Anweisungen der Vereinten Nationen hinsichtlich des freien Durchfahrtsrechtes von Lastwagenkolonnen nachzukommen, Verletzungen des Waffenstillstandes schuldig gemacht; 3. die Juden haben entgegen dem Waffenstillstands-Bedingungen ohne Überwachung der Vereinten Nationen gewisse jüdische Siedlungen im Negeb aus der Luft versorgt; 4. die Ägypter behaupten, daß — solange diese Luftversorgung andauert — sie zum Anhalten der Lastwagenkolonnen berechtigt sind. Die israelische Delegation behauptet ihrerseits, daß eine ägyptische Weigerung, eine Lastwagenkolonne zur Versorgung zweier Ortschaften im Negeb passieren zu lassen, zum Ausbruch der Kämpfe in diesem Gebiet geführt hat. — Die Vertreter der arabischen Staaten und Israels warfen sich im Verlauf der Debatte gegenseitig die Schuld an dem Ausbruch der neuen Kämpfe vor.

## Neue Transportbeschränkung

Berlin, 19. Okt. (DENA). Die SMV hat, wie aus Kreisen des sowjetischen Eisenbahndirektion Berlin verlautete, einen Befehl erlassen, wonach künftig aus der Sowjetzone nur noch solche Lebensmittel-, Kohlen- und Textiltransporte in den Sowjetsektor geleistet werden dürfen, die an die Adresse einer Ostsektor-Dienststelle des Magistrats oder einer von ihm benannten Privatkfirma im Sowjetsektor gerichtet sind. Bisher bestand für diese Güter lediglich ein Einfuhrverbot nach den Westsektoren.

## Scharfe Kontrollen in Berlin

Berlin, 19. Okt. (DENA). Sämtliche aus der Sowjetzone nach Berlin fahrenden Kraftfahrzeuge müssen in Zukunft ihren Weg durch den sowjetischen Sektor nehmen; jede direkte Einfahrt in die Westsektoren ist ab sofort untersagt. Dieser Beschluß wurde auf einer Konferenz von Vertretern der Polizei aller Länder der sowjetischen Besatzungszone auf Anregung des suspendierten ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf gefaßt. Alle Fahrzeuge, die Haushaltgut und bewirtschaftete Ware ohne gültige Begleitpapiere befördern, sollen beschlagnahmt werden.

## Etwa 2400 Berliner evakuiert

Berlin, 19. Okt. (UP). Von deutschen und amerikanischen Behörden wurde am Dienstag übereinstimmend erklärt, daß bisher etwa 2400 deutsche Kinder und Kranke auf dem Flugwege aus Berlin evakuiert worden seien, um ihre Gesundheit in Westdeutschland wiederherzustellen. Britische Flugzeuge hätten ab 20. September im Rahmen der Luftbrücke täglich etwa 80 Plätze dazu zur Verfügung gestellt.

## Wiederholung der Westargumente über Berlin

Erst Aufhebung der sowjetischen Einschränkungen, dann Verhandlungen

Paris, 19. Okt. (von UN-DENA-Sonderkorrespondent H. Stein). Leidenchaftlos und ausführlich beantworteten die Vertreter der drei Westmächte am Dienstag vor dem Sicherheitsrat die ihnen von Präsident Bramuglia gestellten Fragen über die Lage in Berlin. Der britische Delegierte, Sir Alexander Cadogan, ging nach einem kurzen Überblick über die normale Lage bis zu Beginn der Blockade auf die gegenwärtigen Einschränkungen ein. Er betonte erneut, die sowjetischen Maßnahmen bedeuteten einen Verstoß gegen die Charta und die getroffenen Abkommen und bedrohe den Frieden. Die Verhandlungen über die gesamtdeutsche Frage könnten sofort beginnen, wenn die Sowjetunion die Einschränkungen um Berlin aufhebe.

Der amerikanische Delegierte Jessup und der Franzose Peroldi konnten eine gewisse Wiederholung der bereits abgegebenen Erklärungen und in den Weißbüchern und Denkschriften dargelegten Ansichten und Tatsachen nicht vermeiden. Jessup führte Beispiele an, mit welchen Mitteln die Sowjetunion den Verkehr zwischen Berlin und den Westzonen unterbunden hat. Das Argument der Sowjets, die westdeutsche Währungsreform bedrohe die Wirtschaft und die Finanzen der Sowjetzone, wies er zurück. Peroldi befaßte sich ausführlicher mit diesem Thema und sprach über die Schwierigkeiten, die von der Sowjetunion einer gemeinsamen Kontrolle der Ostwährung in Berlin entgegengestellt wurden.

Der Sicherheitsrat vertrat sich auf Freitagsnachmittag, um die möglichen Entscheidungen des Rates in der Berliner Frage zu erörtern. Die Dienstagtagung brachte vorwiegend eine Wiederholung und Vertiefung der westlichen Argumente, denn mit ihrer Antwort auf die Fragen Bramuglias wurde der gesamte Komplex, der bereits sehr ausführlich erörtert worden war, nochmals aufgegriffen. Es hat jedoch nicht den Anschein, daß man bei der Lösung des Berliner Problems auch nur um einen Schritt weitergekommen ist, denn Wjatschinsky hat seine Weigerung, an der Debatte teilzunehmen, weiter aufrecht erhalten. Andererseits verlautete jedoch, daß der sowjetische Delegierte am Dienstagabend eine längere Unterredung mit Bramuglia hatte, die zufriedenstellend verlaufen sein soll.

## Billigere Genußmittel und Berlin-Opfer

Heftige Debatte im Wirtschaftsrat — KPD opponiert gegen das Berlin-Gesetz

Frankfurt, 19. Okt. (SAZ). Eine Zigarette kostet in Zukunft 11 bis 13 Pfg., ein Pfd. Kaffee ca. 12 DM und für die Flasche Branntwein wird man künftig etwa 8,50 DM bezahlen müssen, nachdem der Wirtschaftsrat in seiner Dienstag-Valisitzung das Verbrauchsteuergesetz mit den von der Militärregierung gewünschten Abänderungsvorschlägen gegen fünf Stimmen der KPD angenommen hat. In der gleichen Sitzung wurde das Gesetz „Notopfer Berlin“ in erster Lesung erst nach heftiger Debatte, welche die KPD ausgelöst hatte, angenommen. Die von deutscher Seite vorgeschlagenen, zum Teil wesentlich niedrigeren Sätze wurden seitens der Militärregierung bei Tabak und Branntwein nicht anerkannt, da besonders die Franzosen bei zu geringen Steuereinkommen in diesen Sparten um die Aufbringung ihrer Besatzungskosten bangten, aber auch von den zu niedrigeren Tabak- und Branntweinpreisen eine Gefahr für den Absatz dieser Erzeugnisse aus eigener Produktion in Deutschland befürchteten. Der Wirtschaftsrat will darüber hinaus nach Ausführungen, die der Direktor der Verwaltung für Finanzen vor dem Plenum machte, eine

weitere Senkung der Verbrauchsteuern (ins Auge fassen, sobald sich die Länderratzen gebessert haben. Zu teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Debatte über das „Notopfer Berlin“. Nachdem am Nachmittag das Berlin-Gesetz nochmals in den Ausschüssen durchberaten worden war, kam es in der Abendvollversammlung erneut zur Lesung. Der Berichterstatter Dr. Berger, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Land- und Steuerwesen, erklärte eingangs, daß das Notopfer Berlin keine Steuer sei und daß seine in den Ausschüssen am Nachmittag beratene Neufassung einstimmig erfolgt wäre. In der dann im Plenum gegen vier Stimmen der KPD in der zweiten und dritten Lesung angenommenen Form sieht das „Notopfer Berlin“ folgende Abgaben in den Monaten November, Dezember und Januar vor: 1. Für den Arbeitnehmer bis zu einem Arbeitslohn von 500 DM — 60 Pfg. für den 500 DM übersteigenden Arbeitslohn für jede angefangene im Erhebungszeitraum bezogenen 100 DM — eine DM. 2. Für Veranlagte die gleichen Beträge, mindestens jedoch monatlich 60 Pfg. 3. Für Körperschaften

monatlich 1,20 DM für jedes angefangene im Bemessungszeitraum bezogene 100 DM Einkommen, mindestens jedoch monatlich 20 DM. Ferner sind bei Auflieferung von Postsendungen im Inlandsverkehr in den Monaten Dezember 1948 bis Februar 1949 je zwei Pfg. Sonderporto zu leisten (ausgenommen Sendungen im Postzahlungs-, Postschick- und Postparkassenverkehr). Der Wirtschaftsrat beschloß gegen vier KPD-Stimmen außerdem an die Länder-Parlamente in der französischen Zone die Empfehlung zu richten, für Berlin in gleicher Weise einen Beitrag zu leisten. Ein von den übrigen Parteien unterstützter Initiativ-Antrag der SPD wurde bei Stimmhaltung der KPD angenommen, aus den Amerika-Waren-Lagern und den Vorräten der STEG alle Bekleidungsstücke und Schuhe mit Pelzfütterung unverzüglich für Berlin zur Verfügung zu stellen und Berlin bevorzugt mit wollenen Decken, Winterbekleidung und warmer Wäsche zu beliefern. Die KPD nahm als erste Partei zu dem Berliner Notopfer Stellung und forderte durch ihren Abgeordneten Niebes Ablehnung, da nicht nur Berlin, sondern auch andere Städte und Länder in Not seien. Im übrigen sei das Gesetz unter dem Druck der Militärregierung entstanden. Dem widersprach der Fraktionsführer der SPD im Wirtschaftsrat, Dahrendorf, mit dem Hinweis, daß das Gesetz der Initiative des Berlin-Ausschusses im Wirtschaftsrat entspringt und daß die Verpflichtung, Berlin zu helfen, nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische sei. Abg. Horn (CDU) erklärte, daß die Frage Berlin nicht durch deutsche Machenschaften entstanden sei. Er forderte grundsätzliche Zustimmung zum Gesetz „Notopfer Berlin“, welches entgegen der Meinung der KPD keine einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerung darstelle. Dem schloß sich die SPD-Fraktion durch ihren Sprecher Krämer an. Als der Abg. Sperling (KPD) das Gesetz „einem Raubzug“ an den Armen nannte, verlangte von ihm der Präsident mit der Aufforderung zur Ordnung, diesen Ausdruck zurückzunehmen. Dies geschah zwar nicht, doch sah Dr. Köhler von weiteren Maßnahmen mit der Ermahnung an Sperling ab, sich künftig zu mäßigen.

## Zunehmende Streikunruhen in Frankreich

Drei Bergwerke überflutet — Blutige Zusammenstöße in Saint Etienne

Paris, 19. Okt. (UP). In Mittelfrankreich gelang es am Montag den Truppen, fünf Kohlenbergwerke zu besetzen, von denen drei bereits überflutet waren. Streikende, die gegen die Soldaten vorgingen, wurden mit Tränengasbomben zurückgetrieben. Im Anschluß an die Montag-Zusammenstöße zwischen der republikanischen Garde und den streikenden Bergarbeitern in St. Etienne untersagte der Präfekt des Loire-Departements alle größeren Menschenansammlungen auf Plätzen.

In einer Kohlengrube bei St. Etienne kam es auch am Dienstag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und republikanischer Garde, bei dem auf beiden Seiten je 20 Personen teils schwer verletzt wurden. Mit Steinen und Steinern bewaffnete Streikende versuchten, die republikanische Garde vom Gelände der Grube Roche la Molière zu vertreiben. Die republikanische Garde verwendete Tränengas, um sich gegen den Ansturm der Streikenden durchsetzen zu können. Acht Streikende wurden festgenommen.

## Neuregelung für Presse noch nicht spruchreif

Deutsche Vorschläge müssen erst abgewartet werden

Frankfurt, 19. Okt. (UP). Wie hier bekannt wird, ist die geplante Neuregelung der Zulassung und Überwachung von Zeitschriften und Zeitungen in der Bizone noch nicht spruchreif, weil nicht nur die deutschen Vorschläge abgewartet, sondern auch die amerikanischen und britischen Auffassungen über die zukünftige Kontrolle bzw. Abschaffung der Kontrolle auf einen Nenner gebracht werden müssen. Die britischen Behörden haben bekanntlich einen großen Teil der bisher von ihnen ausgeübten Lizenzierungsbefugnisse an deutsche Prüfungsausschüsse übertragen, während die Amerikaner gegen die Ausübung solcher Funktionen durch deutsche Stellen Bedenken haben, da nach amerikanischer Ansicht die in derartigen Ausschüssen vertretenen Verleger aus Konkurrenzgründen jedes Gesuch um Zulassung einer neuen

Zeitung ablehnen könnten. Eine weitere Schwierigkeit für die Angleichung der Verhältnisse beider Zonen ist darin zu sehen, daß britischerseits bisher vorwiegend Parteizeitungen und von amerikanischer Seite nur überparteiliche Zeitungen lizenziert wurden. Von großer Bedeutung für den Ausbau des Pressewesens der Bizone ist auch die noch immer heikle Frage der Papierbeschaffung. 80 Prozent der deutschen Papierproduktion wurden früher von der Sowjetzone aufgebracht, von der unter den gegenwärtigen Umständen keine Papierlieferungen an die Bizone bzw. Trizone zu erwarten sind. Die Wälder der französischen Zone, die sonst einen weiteren Prozentsatz der Rohstoffe zur Papierherstellung lieferten, sind durch den Eigenbedarf der Besatzungsmacht stark beansprucht.

## Halder-Verfahren erschwert

München, 19. Okt. (SAZ). Rechtsanwalt Dr. Horn, der Verteidiger Franz Halders (im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Verteidiger von Ribbentrop) versichert, daß es eine Weile dauern dürfte, bis das vom Generalkläger Dr. Manfred Frey gegen Halder angestrebte Wiederaufnahmeverfahren durchgeführt werde. Ähnlich wie im Falle Franz von Papen, bei dem sich der öffentliche Kläger schon seit einem halben Jahr vergeblich bemühe, einen Vorsitzenden zu finden, dürfte auch hier kein Richter bereit sein, den Vorsitz in einer neuerlichen Verhandlung gegen Halder zu übernehmen.

KPD-Abgeordneter zitiert Goebbels  
Zu einem humorvollen Zwischenfall kam es in der Sitzung des Wirtschaftsrats gelegentlich der Beratung des Gesetzes „Notopfer Berlin“. Nachdem die Parteien dem Gesetz zugestimmt hatten, begründete ein Vertreter der KPD die ablehnende Haltung seiner Fraktion, indem er Teile aus einem angeblichen Aufsatz von Dr. Reuter-Berlin verlas dessen Inhalt den Kommunismus und seine Methoden scharf angriff. Als die Mehrheit des Hauses Beifall spendete, erklärte der Sprecher — unter dem ebensovornig gezwungenen Gelächter der Anwesenden —, daß er aus einem Artikel von Dr. Joseph Goebbels unseinen Angelegenheit zitiert habe.

## Welt-Rundschau

WASHINGTON. Die amerikanische Regierung beabsichtigt angeblich, die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial im Werte von vielen Millionen Dollar nach China zu genehmigen. — PARIS. Der Generalstab der Streitkräfte der Westeuropäischen Union unter Leitung von Feldmarschall Montgomery wird voraussichtlich seinen Sitz in einem Schloss in Senlis, nordwestlich Paris, aufschlagen. — BERN. Die in der Schweiz lebende Exkönigin von Italien will sich von Exkönig Umberto scheiden lassen, um nach Rom zurückkehren zu können. — ROM. Außenminister Marshall ist am Dienstag nachmittag von hier wieder nach Paris geflogen. — PRAG. Die tschechoslowakische Sicherheitspolizei führte im britischen Informationsbüro in Prag eine Hausdurchsuchung durch. Der Leiter der Informationsabteilung der britischen Botschaft, Richard Wallace, wurde verhaftet und nach drei Stunden wieder freigelassen. — BUKAREST. Rumänien hat die jugoslawische Regierung aufgefordert, alle in Rumänien unterrichtenden jugoslawischen Lehrer abzurufen. — (UP) Auf den koreanischen Streitfronten sind Synagogen in der Provinz Pyongan verbrannt. Der Versuch schlug fehl. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten: DENA)

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 141 / Mittwoch, den 26. Oktober 1948

Schlüssel zur Sicherheit

HAD. Eine der wichtigsten Fragen, mit denen sich die Vereinten Nationen bei ihrer gegenwärtigen Pariser Tagung zu befassen haben, ist die der Atomenergiekontrolle.

Nachdem bisher alle Verhandlungen mit dem Ziel einer Erleichterung zweifelhafte Kontrollinstanzen für die Herstellung und Verwendung atomarergiebiger Stoffe an der beständigen Weigerung der Sowjetunion scheiterten, sich einer ausreichenden Überwachung seitens internationaler Kommissionen zu unterwerfen, und damit praktisch um dem letzten Punkt angehängt sind, hatte Kanada im Politischen Ausschuss der UN-Vollversammlung den Vorschlag gemacht, die Atomenergie-Kommission des Sicherheitsrates wegen ihrer Unfähigkeit, zu einem befriedigenden Beschluß zu gelangen, aufzulösen.

Zum ersten Male seit dem Beginn der UN-Beratungen übernahm trotz bei den Diskussionen um den kanadischen Vorschlag eine klar erkennbare Veränderung in dem Stimmverhältnis zwischen den Vertretern der „westlichen“ und „östlichen“ Welt zuzugewandt, wenn es auch bisher zu keiner formalen Abstimmung gekommen ist. Zentraler muß dabei dem aufmerksamen Beobachter auffallen, was der augenblicklichen politischen Konstellation entgegen allen, besonders von Osten her immer wieder aufgestellten Behauptungen des Gepräges gibt, einmal wieder die jetzt eingetretene Haltung der sogenannten kleinen Nationen zum kanadischen Antrag der Arbeitseinstellung der UN-Atomkommission besser als alle offiziellen Erklärungen die amerikanische Beschuldigung einer falschen, durch die USA erzwungenen, einseitigen Weltbildbildung in den Ausschüssen der Vereinten Nationen. Zum anderen aber läßt diese Abgabe den tiefen Ernst erkennen, mit dem sich die verantwortlichen Staatsmänner des Westens um die Gewinnung des Friedens bemühen.

Gewiß bedeutet die augenblickliche Haltung der kleinen „Weststaaten“ zu dem Atomvorschlag Kanadas keineswegs, daß diese dem amerikanischen Kontrollplan in der Zukunft nicht mehr ihre volle Unterstützung zuführen werden lassen wollen. Vielmehr geht es ihnen darum, alle Beratungen auch weiterhin vor dem öffentlichen Forum der Vereinten Nationen zu führen, in der Hoffnung, daß schließlich doch noch ein befriedigendes Verhandlungsergebnis die Gefahr schrankenloser Atomrüstungen zu bannen vermag.

Man ist sich im Westen vollkommen darüber im klaren, wie wenig der letzte, mit aggressiver Propagandawerbung wörtlich vorgetragene Abfertigungsvorschlag Wuchstata den allgemeinen Vorstellungen von acht, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung beruhenden Rüstungsbeschränkungen entspricht. Solange aber nicht alle Voraussetzungen, insbesondere die Garantie für zuverlässige Kontrollen der nationalen Atomproduktion und allgemeine Rüstungsvorhaben, gegeben sind, wird keinem der wohlhabenden demokratischen und friedliebenden Staaten einleuchtend, einer vorzeitigen Vernichtung der vorhandenen Atomwaffen zuzustimmen, ohne andererseits Bindende und vertrauenswürdige Zusagen in der Tasche zu haben, daß alle Völker der Welt auch gewillt sind, getroffene Vereinbarungen zu halten. Die Sowjetunion ist diesen Beweis bisher schuldig geblieben.

Dachau der Ausgang allen Leidens

Die Flüchtlinge in Bayern fordern ihre Rechte — Von unserem Münchner xh-Korrespondenten

Dachau. (SAZ) Wieder einmal scheint das kleine bayerische Städtchen Dachau zum Ausgangspunkt der gepöbeligten Menschheit zu werden und seine tragische Rolle zu erneuern. Das Elend, das sich jedoch im hitlerischen Jahreswende abspielte, geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit, was aber heute in Dachau vor sich geht, geschieht unter den Augen der Weltöffentlichkeit.

Nach jahrelangem Flüchtlingselend ging vom Regierungsfüchtlingslager Dachau der Hungerstreik der bayerischen Flüchtlingslager aus. Neben den großen politischen Ereignissen berichteten alle größeren ausländischen Zeitungen über die katastrophalen Zustände in verschiedenen bayerischen Flüchtlings-Massenlagern. Auch die deutschen Radiostationen, voran Radio München, brachten Reportagen von den Mißständen in Dachau. Die bayerische Staatsregierung aber ließ die Flüchtlinge eine Woche lang hungern und beantwortete eine schwebelnde Resolution mit acht Schweißmaschinenzellen. Die Zusammenbrüche an Erschöpfung der Hungerstreikenden nahm von Tag zu Tag zu. Dank der Initiative des bayerischen Staatskommissars für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten, Dr. Philipp Auerbach, ließ sich ein Kompromiß finden.

Jetzt erst war die Regierung heilhörig genug, um jahrelang Verdammtes schnellstens nachzuholen. Einige Rollen Dackpappe und etwas Seifenpulver und eine Menge von Verprä-

chungen ließen die an Bescheidenheit gewöhnten Flüchtlinge sich wieder beruhigen. Es vergingen Tage und Wochen, die Versprechungen der Regierung klangen ab, nicht aber die Forderungen der Flüchtlinge. Die Weltöffentlichkeit war mobilisiert, für sie gilt es, diese Gelegenheit wahrzunehmen und reinen Tisch mit dem Flüchtlingsproblem zu machen. Indessen holte die Regierung zu einem großangelegten Schlag aus und ließ aus dem Munde des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard erklären, daß die Flüchtlingsverregung politisch geschürt sei. Allerdings hatte sich die Regierung schon einmal mit der gleichen Behauptung gefehlt. Ernährungsminister Dr. Alois Schögl behauptete im Sommer, politische Agenten hätten die falschen Marken nach Bayern eingeschleust. Kurze Zeit später wurde die Markendruckerei in München aufgehoben. Damit hofft man von der eigenen Unzulänglichkeit abzulenken. Zugegeben, daß düstere Elemente geradezu versucht sind, sich diese bereits schon chaotischen Zustände auszunutzen. Noch aber ist es nicht so weit gekommen. Die Flüchtlinge sind in allen Teilen Bayerns empört, daß man sie als Agenten einer fremden Macht stempelt. Vergessen darf natürlich nicht werden, daß die bayerische Regierung in finanziellen Schwierigkeiten ist und sich einer nichtendwollenden Flut von Flüchtlingsströmungen gegenübersieht. So kam es zu der bisher bedeutendsten Flüchtlingsagung in Dachau. In zwölftündiger Nachtsitzung rissen die Klendberichte der

55 Delegierten aus den Flüchtlingslagern nicht ab.

Die Flüchtlinge glauben erkannt zu haben, daß die Regierung aus Unfähigkeit oder bösem Willen nicht in der Lage ist, das Flüchtlingsproblem zu lösen. So kam zum erstenmal in der bayerischen Flüchtlingsgeschichte jene Resolution zustande, die den Rücktritt der bayerischen Regierung und darüber hinaus sogar die Auflösung und Neuwahl des Landtages durch einen Volksentscheid fordert. So weit wäre es nie gekommen, wenn die bayerische Regierung das von der Militärregierung genehmigte Flüchtlingsgesetz Schritt für Schritt durchgeführt hätte. Die Flüchtlinge haben nichts mehr zu verlieren. Der Hungerstreik bewies das. Sie werden ihre Pfennige zusammenlegen und daran gehen, den Volksentscheid durchzuführen. Damit besteht für die großen Parteien eine beschliche Gefahr. Sie reden vom Volksentscheid schon Monate, ohne auch nur einen Schritt unternommen zu haben.

Ist der Betrag zur Finanzierung des Volksbegehrens mit 100 000 DM richtig geschätzt, so kann man damit rechnen, daß jeder der über 100 000 Flüchtlinge gerne eine D-Mark zur Verbesserung seiner Verhältnisse beisteuern wird. Bei dieser Gelegenheit wird sich auch herausstellen, ob die großen Parteien gewillt sind, sich am Volksbegehren zu beteiligen oder aber ob sie abseits stehen, weil sie befürchten, bei einer Landtagsneuwahl Sitze zu verlieren.

Kienle-Untersuchung beendet

Stuttgart, 19. Okt. (SAZ). Der parlamentarische Untersuchungsausschuß gegen den Leiter der Landespolizei, Dr. Kienle, hat seine Erhebungen abgeschlossen und wird am 2. November nach Klärung der letzten Fragen zur Beschlußfassung kommen. Während der Dienstags-Sitzung kam es zu einer erregten Kontroverse zwischen Landtagspräsident Kall und Abgeordnetem Henry Bernhard, als Präsident Kall sagte, nach eingehender Untersuchung habe sich herausgestellt, daß von den Dr. Kienle belastenden Vorwürfen der Nationalen Denkschrift so gut wie nichts bewiesen sei. „Diese Denkschrift ist von oben bis unten erstickt und erlogen“, rief der Präsident dem Ausschuß zu. Abgeordneter Bernhard protestierte heftig gegen diese Auffassung, indem er darauf hinwies, daß Innenminister Ulrich selbst fünf der neun Punkte dieser Denkschrift zumindest ungeklärt berechnet habe.

Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen stellte der Ausschuß nochmals eindeutig fest, daß die Gesamtleistungen der Landespolizei nicht angezweifelt würden.

Landespolizeidirektion Nordbaden

Karlsruhe, 19. Okt. (SAZ) In unserer Ausgabe Nr. 133 vom 9. Okt. erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Eine ungläubliche Claqueurwirtschaft — die Untersuchung gegen die Landespolizeidirektion Würtemberg-Baden“. Die Landespolizeidirektion Nordbaden legt in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, daß die Landespolizei Nordbaden mit den in dem Artikel geschilderten Vorgängen absolut nichts zu tun hat. Die Landespolizei in den beiden Landesbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden untersteht jeweils einer selbständigen Leitung. Eine Landespolizeidirektion Württemberg-Baden gibt es nicht. Die erwähnten Vorgänge beziehen sich ausschließlich auf die Landespolizeidirektion für Nordwürttemberg, die in Stuttgart ihren Sitz hat.

Deutschland-Rundschau

VERBOTE WESTZONEN

München. Die ersten 21 Eisenbahnwaggons mit Schweizer Äpfeln sind in Bayern einetroffen. Ein zur Landung auf dem Flugplatz Neuburg ansetzendes amerikanisches Jagdflugzeug vom Typ F 47 (Thunderbolt) stürzte in einen Baumstumpf (up). — Kassel. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat gegen den Verwaltungsführer des Arbeitslagers Kassel-Niederröhren, Heinrich Ulrich, Anklage wegen fortgesetzter Unterschlagungen erhoben. — Hamburg. Der ehemalige Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, Generalfeldmarschall Walter von Brauchitsch, starb am Montagabend in einem britischen Militärhospital in Hamburg an einer Trombose.

SOVIETIZONEN

Leipzig. Der neue Volkspolizeistaff des Landes Sachsen-Anhalt wurde laut SED-Fresdienst kürzlich erstmalig Waffen übergeben.

VERZONENSTADT BERLIN

Berlin. Die Bewohner Westberlins werden im Winter 1948/49 wieder Zuzug in den sogenannten „Wärmehallen“ suchen, die im Schreckenswinter 1946/47 bekannt wurden und damals bereits Tausenden Schutz vor der Kälte boten. (up)

Leser-Nr. US-WB 112. Herrscheper und Chedelkier: Felix Richter (verraut), Stef. Chedelkier, Heinz A. Debatz. Redaktionsschreiber: Max Geisendorfer, Hans Haag, Will. Hageneyer, Rudolf Jahn, Hans Mehn, Dr. W. Oberknecht, Otto F. Passies, Hildegard Fiecht, Adolf Reichardt, Josef Varnas. — Mit vollem Verlassenstand geschnittene Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet. Die Zitierbarkeit bleibt unberührt. Für unrichtig abgedruckte Manuskripte keine Gewähr. — Verlag Süddeutsche Allgemeine Zeitungsverlag GmbH, Verlagsdirektion: Dipl.-Ing. Herbert Lehmayr.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In ihren Stellungnahmen zur Streikwelle in Frankreich weisen vor allem die französischen Zeitungen auf die wirtschaftlichen Verluste hin, die dem Land durch den Ausstand entstehen.

LE FIGARO Die unabhängige rechtsgerichtete Zeitung Frankreichs bespricht den Forderungsausfall an Kohle auf 1,50 Millionen Tonnen. „Die Hauptschwierigkeiten bestehen darin, daß das Industrie- und Handelsministerium selbst Partei im Konflikt ist, so daß es keinen echten, unabhängigen Vermittler gibt. Der Staat hat weder die nötige Autorität noch die erforderliche Unabhängigkeit, um mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln.“

LE POPULAIRE Das Blatt der französischen Sozialisten glaubt an eine Verschärfung des Streiks und berichtet, daß die kommunistischen Funktionäre die Zahl der Streikposten verdoppelt hätten, um die vorhandene Neigung, die Arbeit wieder aufzunehmen, zu unterbinden.

L'Humanité Die kommunistische Zeitung weist darauf hin, daß die im Kohlenbergbau durch den Streik verloren gegangenen Summen ausgereicht hätten, um die Lohnforderungen der Bergleute ein Jahr lang zu bestreiten.

Rheinischer Merkur Die bekannte Koblenzer Wochenzeitung schreibt zur Situation in Frankreich: „Die politische Lage hat sich während der letzten Wochen weiter verschlechtert. Den bereits seit zwei Wochen anhaltenden Streik von 330 000 Bergarbeitern beweist die Richtigkeit der von uns schon früher aufgestellten Behauptung, daß nämlich die Regierung die Situation tatsächlich nicht mehr beherrscht und diese welt-

gehend von Interessengruppen, wie Gewerkschaften, Wirtschafts- oder Berufsverbänden, von Staaten im Staat, bestimmt wird.“

Die Bildung des westeuropäischen Blocks gegen die Bestrebungen des Ostens wird von den Zeitungen der Welt lebhaft kommentiert.

Neue Zürcher Zeitung

Die liberal eingestellte Schweizer Zeitung schreibt im Zusammenhang mit der Frage der Einbeziehung Spaniens in den westeuropäischen Verteidigungsblock: „England versucht das Problem dadurch zu lösen, daß es jetzt militärische Verhandlungen mit Portugal aufnimmt. Die militärische Grundlage für die Einbeziehung von Portugal soll ohne weiteres Verzug gelegt werden, und zwar gilt es dabei als eine sekundäre Frage, ob Portugal mit Italien, Griechenland und der Türkei, oder als ein weiterer Unterzeichner des Brüsseler Paktes in die Union aufgenommen wird.“

Le Monde

Die dem Qual d'Orsynahetische Pariser Zeitung kommentiert Gerüchte über einen Friedensvertrag mit Oesterreich. „Die Reise des österreichischen Außenministers Gruber scheint im Zusammenhang mit diesem Problem zu stehen. Gruber hat kürzlich mit einem sowjetischen Vertreter in Wien verhandelt. Die Moskauer Regierung scheint geneigt, Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Erfolgchancen könnten sich vergrößert haben, denn die Frage ist nach dem Bruch des Kreml mit Tito aktuell geworden.“

SON POSTA Das türkische Blatt spricht von chaotischen Zuständen im russisch dirigierten Bulgarien und kommt zu folgendem Schluß: „Das deutsche Heer,

das man der schändlichsten Grausamkeiten bezichtigt, ist nie so tief gesunken. Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen standen für die deutschen Soldaten nicht auf der Tagesordnung. Die Sowjetunion, die vor diesen grauenhaften Vorgängen in Bulgarien nachsichtig die Augen schließt, hat sich vor den Augen der Welt mit schwerer Schuld beladen.“

Das Deutschlandproblem nimmt in den Kommentaren der Weltpresse einen breiten Raum ein. Führende Zeitungen des Auslandes geben ihrer Meinung wie folgt Ausdruck:

THE TIMES Die britische unabhängige Tageszeitung erklärt: „Es besteht wirklich guter Grund zu der Befürchtung, daß zuviel Föderalismus die nationalistischen Elemente Deutschlands stärken muß, die in Ländern wie Bayern am mächtigsten sind. Es besteht auch die ernste Gefahr — die von unmittelbarer praktischer Bedeutung ist —, daß jede staatsrechtliche Organisation des westdeutschen und schließlich des westeuropäischen Wirtschaftslebens erschwert wird, wenn die Länder zuviel Selbständigkeit erhalten.“

The Manchester Guardian

Das liberale englische Blatt beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Schicksal der heimatischen Jugendlichen in Deutschland, deren Zahl auf 100 000 geschätzt wird. „Die Fülle der politischen Ereignisse hat die Aufmerksamkeit von diesen dringenden menschlichen Problemen abgelenkt. Die Behörden der deutschen Länder sind anscheinend mit anderen dringenden Fragen zu stark in Anspruch genommen. Und die Hilfe von privaten Wohltätigkeitsgesellschaften oder Organisationen im Ausland genügt nicht. Ganz Europa, nicht nur Deutschland wird dafür zahlen müssen, wenn sich niemand um diese Kinder kümmert.“

Herz hing an zu pochen. Eilig überquerte sie den Platz, und war dann enttäuscht, als sie das Schild las: Amtsgericht. Menschen liefen an ihr vorbei. Wagen ratterten über das Pflaster. Nun kam gar noch ein Ochsenkarren. Der Fuhrmann ging nebenher und knallte mit der Peitsche.

Ich muß doch fragen, es ist bald fünf Uhr, überlegte Cordella. Ich muß ein Unterkommen finden. Hastiger ging sie weiter. Metzgereien, Kolonialwarengeschäfte, Optiker, die Post. Wieder eine neue Gasse, die abwärts führte. Villen in großen blühenden Gärten schlossen sich an.

Hier kann es nicht sein, ich hätte links abbiegen sollen. Sie kehrte um und schlug einen neuen Weg ein. Plötzlich blieb sie wie gebannt stehen. Ein großes Plakat warf seine dicken schwarzen Buchstaben über die Gasse: „Gastspiel der Direktion Anatol Geschwind. Zum erstmalig in Bürklings: Die Lustige Witwe von Franz Lehár. Vorverkauf hier!“

Das Plakat hing in einem Schaufenster, über dem in goldenen Lettern „Buch- und Musikalienhandlung von Ernst Pfeiffer“ prangte. Erregt ging Cordella darauf zu. Das Schaufenster war ausgeräumt. Nur noch einige Klavierauszüge und die Schläger der Operette lagen darin. In der Mitte war ein großer Karton aufgebaut. Auf ihm liebten Bilder: es waren die Künstler der Gastspieltruppe Anatol Geschwind. Cordella schlug den Schieber zu-

rück und starrte die Photographien in dem Schaufenster an.

Umrahmt von seinen Mitgliedern lächelte sonnig das großflächige Komödiantengesicht des Direktors. Er trug einen Pelz mit Biberkragen, den Zylinder hielt er grübelnd in der Hand. Über ihm ein rundes, neckisches Puppengesicht, gebrannte blonde Stirnlöcherchen, mit kolorierten roten Rosen im Haar, ein schalkhaft verzogenes Mündchen: Mizzi Fournier-Geschwind, erste Sourette.

Also das war die Frau Direktor. Sie würde sicher die Valencienne singen. Der Tenor Fernando de Castro in einem weitoffenen Hemd, den Kopf sieghaft in den Nacken zurückgeworfen. Und dort unten der Buffo Toni Becher. Verführerisch kniff er ein Auge zu, die Arme hatte er einladend ausgebreitet, als wolle er alle Bürgermädchen an sein Herz drücken.

Um Cordella drängten sich Neugierige. Scherzworte flogen auf, Backfische kicherten. Rechts ganz für sich allein, auf einem Extrakarton die Sängerin Violetta Sartori.

Cordella nihlte, wie sie erbläute. Violetta Sartori trug eine spitzenübersäte, tief dekorierte Ballrobe. Wie eine Aulage für Edelsteine ruhte zahlloser Theaterschmuck auf dem üppigen Busen. Trümelrisch stützte sie den kunstvoll frisierten Lockenkopf in die linke, ringgeschmückte Hand.

Eine zornige Unruhe packte Cordella, ihre kleinen Füße kribbelten.

War sie vielleicht nur als zweite Besetzung engagiert? Die junonische Blondine sah nicht danach aus, als wenn sie sich beseitigt drängen ließe. Wenn nun irgend etwas mit dem Engagement nicht in Ordnung war, wenn Blacher sich geirrt hatte, wenn ... Tausend böse Ahnungen durchwirbelten ihr Hirn. In ihrem impulsiven Temperament schob sie rücksichtslos die Neugierigen beiseite und stieg die zwei Stufen hinauf, die zur Ladenür führten. Das Glöckchen bimmelte stürmisch.

Das Geschäft stand voller Menschen, die sich vor dem Ladentisch drängten.

„Zwei Parkett zur ersten Vorstellung. Viermal dritter Platz. Zwei Orchesterplätze erste Reihe ... Wenn es nun regnet?“ fragte einer, „bekommt man dann sein Geld zurück?“

Neugierige Blicke streiften Cordella, die bescheiden stehengeblieben. Seitlich der Kasse unterließ sich ein Herr in einem grauen Anzug mit einem älteren Mann, der offenbar der Besitzer der Buchhandlung war.

„Opus 30 in A-dur, das Trippelkonzert opus 56“ hörte Cordella eine angenehme, dunkle Stimme sagen.

Der Ladenbesitzer machte sich Notizen. Nun schwieg die Stimme.

Cordella sah zu dem Herrn hin. Ihre Blicke begegneten sich. Cordellas blaue Augen und die freudigen grauen trafen sich zum erstenmal in ihrem Leben. Ein großer Staunen flog über sein schmales, melancholisches Gesicht. Er hatte sein Mund eines Träumers sehnsuchtsvoll und leicht enttäuscht. (Fortsetzung folgt)

EIN Sommer IM DREIQUIERTELAKT

ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN

8. Fortsetzung

Der Mann schloß das Häuschen zu und ging fort. Cordella durchquerte die kleine graue Bahnhofshalle und trat auf die Straße, Kinder lärmten. Ein Omnibus, auf dem „Zum Lamm“ stand, setzte sich eben schwerfällig in Bewegung. Cordella stellte ihren schweren Koffer neben sich und blickte unsicher dem Omnibus nach. Was mache ich nur? Ich kann doch nicht einfach ins „Lamm“ gehen? Hoffentlich hat das Fräulein Schmuck wirklich telegraphiert ... Wenn der Direktor nun keine Ahnung hat ... Ich bin noch nie so allein gewesen ... Ich kenne keinen Menschen hier ... Es ist schrecklich — nein, es ist ganz wundervoll — es ist ein Abenteuer!

Resolut packte sie ihren Koffer und gab ihn bei der Aufbewahrung ab, bekam einen kleinen gelben Zettel von einem halbwüchsigen Jungen in die Hand gedrückt und dann machte sie sich unternehmungslustig auf den Weg. Sie war entschlossen, das Theater ganz allein zu finden. Es kam ihr wie eine Entdeckungsreise vor. Sie folgte der Straße, die der Omnibus hinuntergefahren war. Eine Brücke führte über einen Fluß. Cordella deutete sich über das Geländer. Das also war der Neckar.

In der Mitte der Brücke, auf der rechten Seite, ragte ein Denkmal empor. Cordella ging hinüber. Sie sah zu dem steinernen Mann mit dem wehenden Rauschbart hinauf. „Herzog Eberhard“ war an seinem Sockel zu lesen.

Am Ende der Brücke zweigte sich der Weg. Die breite Straße lief geradeaus, während eine verträumte Gasse sich bergauf schlängelte. Das Abenteuer verlangte, daß sie die Gasse wählte, sie gab sich ganz dem Zauber der Fremde hin. Alte Kastanienbäume prangen voller Blütenkerzen. Schmalbrüstige Fachwerkhäuser neigten sich vertraulich in dem grünen Dämmern vorüber. Sie bargen in ihren Erdgeschossen winzige Geschäfte mit blitzblank geputzten Scheiben. Ein kunstvolles, handgeschmiedetes Schild streckte sich vor, Konditorei Heinrich.

Im Vorübergehen blickte Cordella durch die Scheibe. An runden Marmorischen saßen schwatzende Menschen in hellen Sommerkleidern. Nun wand sich die Gasse in Treppen aufwärts und mündete auf einen Platz, in dessen Mitte sich eine Kirche hochragend, altersgrau, in satter Ruhe spreizte.

Ein wenig ratlos blieb sie stehen. War das imposante Gebäude dort drüben vielleicht das Theater? Ihr

Ein Markstein

Der gestrige Tag wird für Karlsruhe in der Tat, wie es Oberbürgermeister Töpfer zum Schluß der Stadtratsdebatte als Wunsch ausgesprochen, ein Markstein in der Geschichte des Wiederaufbaus sein.

Man kann sich den Luxus nicht leisten, erhaltene Gebäude oder restaurierte Gebäude an der Südseite der Kaiserstraße — man denke an Hölcher, Leipheimer & Mende oder die Hofapotheke — abzureißen.

Ab heute kann in der Kaiserstraße auch legal gebaut werden. Bis alle gestern genehmigten Pläne realisiert sind, wird natürlich noch viel Zeit vergehen.

Die Kriegsschäden in Karlsruhe

Table with 2 columns: Category and Value. Categories include Betriebsanlagen und Einrichtungen, Brücken und Straßen, Geräte und Fahrzeuge, Inventar, Sonstige Schäden, and Schuttbesetzung.

Änderung im Pilsverkauf

Der Stadtrat genehmigte gestern einstimmig eine Änderung der Lebensmittelhandelsordnung hinsichtlich des Verkaufs von Pilsen.

Schwerer Sturz. In Rintheim stürzte ein vierjähriger Knabe in Abwesenheit seiner Mutter von einem im 2. Stockwerk gelegenen Balkon auf die Straße.

KARLSRUHER FILM-NOTIZEN

Die „Kurbel“ zeigt — als Premiere für die amerikanische Besatzungszone — die erste deutsche Nachkriegs-Filmoperette

„Herzkönig“

ein Produkt der französisch lizenzierten CCC. Helmut Weiß, der nicht nur nach einer eigenen Idee das Buch schrieb, sondern auch Regie führte, hat damit seinen mit „Sag die Wahrheit“ auch in Karlsruhe erzielenden Erfolg noch übertraffen.

Die Handlung des im „Gloria“ angelaufenen RKO-Films „Schwester Kenny“ ist die Lebensgeschichte der australischen Krankenschwester Elisabeth Kenny.

Das künftige Gesicht der Kaiserstraße

Einstimmige Annahme des neuen Bebauungsplanes — Der Wiederaufbau kann beginnen

Der Stadtrat nahm in seiner gestrigen Sitzung einstimmig die vom Planungsbeirat vorgelegten Beschlüsse über den Wiederaufbau der Kaiserstraße an.

Die Stadtratsitzung begann mit der Mitteilung des Oberbürgermeisters, daß die Frage der Weiterführung der Schutträumung in Übereinstimmung mit dem Ältestenrat in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt werde.

Der Bericht des Baudezernenten

In einer umfassenden Rede zur Frage des Wiederaufbaus der Kaiserstraße legte Bürgermeister Heurich dar, daß Karlsruhe eine Verpflichtung habe, die Kaiserstraße, das Geschäfts- und Lebenszentrum der Stadt, wieder zum Leben zu erwecken.

Suchdienst des Roten Kreuzes

Die Angehörigen oder Bekannten nachstehender Personen werden gebeten, sich beim Suchdienst vom Roten Kreuz, Herrenstraße 39, zu melden:

- Burckhard Hermann, Beruf Finanzbeamter, Heimat: Karlsruhe-Mühlbrugg; Eisele Alfred, etwa 23-34 Jahre alt, mittelgroß und blond, Heimat: Gegend von Karlsruhe; Eisen-schenk, Vorname unbekannt, etwa 20-25 Jahre alt, ledig, Heimat: Baden; Götz (Eduard), etwa Jahrgang 1926, Beruf: Dreher, einziger Sohn, sein Vater ist Bahnbesitzer, Heimat: Karlsruhe; Günther, Vorname unbekannt, Ltn., Jahrgang 1910/12, verh., keine Kinder, Beruf: Architekt, Dipl.-Ingenieur, Heimat: Karlsruhe; Kurz, Karl, etwa 37 Jahre alt, 4 Kinder, Heimat: Karlsruhe; Lehmann, Vorname unbekannt, etwa 26 Jahre alt, ledig, Heimat: Karlsruhe; Müller, Franz, etwa Jahrgang 1904, seine Mutter heißt Hermine Müller, Heimat: Karlsruhe; Reichardt, Richard, Obergefr., etwa 35 Jahre alt, verh., Bauer, Heimat: vermutlich aus der Gegend von Karlsruhe; Riehm, Richard, 48 Jahre alt, Heimat: Karlsruhe; Sanninger, Eugen, seine Mutter lebt in Karlsruhe, Heimat: Karlsruhe; Schneider (Vorname unbekannt), Wachtm., verh., 1 Kind, Heimat: Karlsruhe; Vöberg, Herrn., Heimat: Karlsruhe-Durlach; Holzweberstr. 4 (?); Stöcklin, Kurt, Heimat: Kirchalden/Baden (?); Weber, Karl, Beruf: Dipl.-Kaufmann, Heimat: Karlsruhe; Herrmann (Otto ?), Besitzer von Gast- und Landwirtschaft, verh., 4 Kinder, Heimat: aus der Gegend von Karlsruhe.

Die Neugestaltung der Kaiserstraße. Dabei deutete er an, daß der bisherige Durchgangsverkehr in späterer Zeit durch je zwei Ringe südlich und nördlich der Kaiserstraße bzw. südlich und nördlich der Stadt hindurchgeleitet werden soll.

Kurze Diskussion

Die Diskussion gestaltete sich verhältnismäßig kurz. Für die SPD befürwortete Stadtrat Klotz die Vorlage. Nach dem jetzigen Plan werde die Kaiserstraße künftig keine „steinerne Flucht“ mehr sein.

Entlastung der Kaiserstraße

Man werde eine Entlastung der Kaiserstraße vor allem dadurch erreichen, daß man zu den Geschäften rückwärtige Einfahrten und Innenhöfe schaffe.

Gemeinschaftsgeist tut not!

Bürgermeister Heurich betonte ausdrücklich, daß die Gesamtanleihe nach bau- und geschäftswirtschaftlichen Gesichtspunkten in erster Linie vom Gemeinschaftswillen der Grundeigentümer abhängt.

Im Anschluß daran erläuterte Oberbaurat Pflästerer an Hand der im Sitzungssaal aufgehängten Karten eine Reihe von Details über

die Neugestaltung der Kaiserstraße. Dabei deutete er an, daß der bisherige Durchgangsverkehr in späterer Zeit durch je zwei Ringe südlich und nördlich der Kaiserstraße bzw. südlich und nördlich der Stadt hindurchgeleitet werden soll.

Kurze Diskussion

Die Diskussion gestaltete sich verhältnismäßig kurz. Für die SPD befürwortete Stadtrat Klotz die Vorlage. Nach dem jetzigen Plan werde die Kaiserstraße künftig keine „steinerne Flucht“ mehr sein.

Der Stadtrat genehmigte dann in detaillierter Abstimmung jeden einzelnen Punkt der Vorlage einstimmig. Nach der Annahme der Vorlage sprach Oberbürgermeister Töpfer den Wunsch aus, dieser Tag möge ein Markstein sein im Wiederaufbau der Stadt.

Wir brauchen „Eiserne Lungen“!

Landesverein des Roten Kreuzes ruft zu freiwilligem Spenden auf

Die Spinale Kinderlähmung ist nach ihrem heftigen Auftreten im Jahre 1939 nie mehr vollkommen aus unserem Landesterritorium verschwunden.

Seit kurzem können nun die zur Bekämpfung der Krankheit in Amerika bereits bekannten und bestens bewährten „Eisernen Lungen“ auch in Deutschland hergestellt werden.

Für unser Gebiet werden vorläufig zwei „Eiserne Lungen“, und zwar eine für Erwachsene und eine für Kinder, dringend benötigt.

Die Festwoche zugunsten der Jugend

Tanz- und Vortragsabend und Filmvorführungen für Kinder

Der „Tanz- und Vortragsabend“ zugunsten der notleidenden Karlsruher Jugend sah bekannte Namen am Werk: so den Staatschauspieler Paul Müller, den Pianisten Stefan Mozi, die Tanzgruppe Händle-Munz und die Fachschule für Bühnentanz Bertl Schwamberger.

OFFEN GESAGT...

Die Einsender nachstehender Beiträge sind der Redaktion namentlich bekannt, genießen jedoch den Schutz des Redaktionsgeheimnisses. Jede Meinung ist ausschließlich die der Redaktion.

Sieht eine Ernährungsfrage bevor?

Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, wenn man sich vergeblich den Kopf zerbricht, aus welchem Grunde wohl den Schwerekräftigen die Lebensmittel-Zulagekarten entzogen wurden.

Von den siebzig- bis hundertprozentig Kriegs- und Unfallbeschädigten wurde bisher dankbar vermerkt, daß an die Normalverbraucher dieses Personenkreises monatlich eine Teilschwerarbeiter-Zustatkarte zur Ausgabe gelangte.

Vor einiger Zeit wurde nun bekannt, daß die zuständige Behörde einen Strich durch die Zulagegewährung machte. Tauscht da nicht automatisch die Frage auf, ob wohl eine Ernährungsfrage bevorsteht und die gesamte Lebensmittelversorgung von der Annulierung dieser Zulagen abhängig sei?

Man kann sich den Kopf zerbrechen wie man auch will, es läßt sich keine vernünftige Erklärung für diese Maßnahme finden.

Landesverein des Roten Kreuzes ruft zu freiwilligem Spenden auf

Landesbezirk auf Anruf nach Auftreten der kritischen Lähmungsercheinung in einem Krankenwagen mit bedienungserfahrenem Personal zu den Patienten gebracht werden.

Einzahlungen in bar nimmt der Badische Landesverein vom Roten Kreuz, Herrenstraße 39, Zimmer 7, entgegen. Ebenso können Einzahlungen auf dem Konto des Roten Kreuzes bei der Badischen Bank und auf dem Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 52 640 mit dem Vermerk „Eiserne Haus geliefert werden.“

Die Festwoche zugunsten der Jugend

Tanz- und Vortragsabend und Filmvorführungen für Kinder

zu beheben gewesen wäre, wenn sich P. Müller in seinen Rezitationen, die oft einen besinnlichen Charakter trugen, etwas mehr Beschränkung in der Reichhaltigkeit seiner Vortragstücker auferlegt hätte.

„Jugend hilft der Jugend!“

Die Betriebliche Arbeitsgemeinschaft „Junge Generation“ der Karlsruher Lebensversicherung AG, hat außerhalb der Arbeitszeit ein vielseitiges Unterhaltungsprogramm einstudiert, das im Rahmen der Festwoche zu Gunsten der notleidenden Karlsruher Jugend am Mittwoch, dem 20. Oktober 1948, um 20 Uhr, im Saal des Studentenhauses Karlsruhe zum Vortrag gebracht wird.

Kühl, nicht beständig

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Freitag früh: Am Mittwoch wolkig bis heiter und trocken. Zum Donnerstag wieder stärker bewölkt, zeitweise etwas Regen. Höchsttemperaturen 3 bis 7 Grad. Schwäche bis mäßige, vorwiegend west-Rheinwasserwinde vom 19. Okt. 1948.

STUDIO KARLSRUHE SENDET:

Mittwoch, 20. Okt.: 13.00 Karlsruher Stadtgespräch; Donnerstag, 21. Oktober: 17.00 Das Podium; Wirtschafstagen der Karlsruher Rheinhäfen, von Dir. Langfritz.

Europa-Union, Kreisgruppe Karlsruhe

Heute abend, 19.30 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine wichtige Mitglieder-Versammlung statt, in der Landesgeschäftsführer Schuhmann, Mannheim, über „Die Arbeit der Europa-Union im modernen Europa“ spricht.

IM STAATSTHEATER . . .

findet heute im Großen Haus die Premiere von William Shakespeares „Wie es Euch gefällt“ in der Inszenierung von Hanns Schulz-Dornburg statt.

— als Erstaufführung für Karlsruhe — Hindemiths Symphonische Metamorphosen stehen auf dem Programm.

„König Ödipus“ als Schüleraufführung

Einer alten, durch den Krieg unterbrochenen Tradition folgend führt das Karlsruher Humanistische Gymnasium am kommenden Sonntag, 24. Oktober, um 10.30 Uhr im Städtischen Konzerthaus eines der unvergänglichen Meisterwerke der Antike, „König Ödipus“ von Sophokles in der Übertragung von Hugo von Hofmannsthal auf.

— als Erstaufführung für Karlsruhe — Hindemiths Symphonische Metamorphosen stehen auf dem Programm.

„König Ödipus“ als Schüleraufführung

Einer alten, durch den Krieg unterbrochenen Tradition folgend führt das Karlsruher Humanistische Gymnasium am kommenden Sonntag, 24. Oktober, um 10.30 Uhr im Städtischen Konzerthaus eines der unvergänglichen Meisterwerke der Antike, „König Ödipus“ von Sophokles in der Übertragung von Hugo von Hofmannsthal auf.

STUDIO KARLSRUHE SENDET:

Mittwoch, 20. Okt.: 13.00 Karlsruher Stadtgespräch; Donnerstag, 21. Oktober: 17.00 Das Podium; Wirtschafstagen der Karlsruher Rheinhäfen, von Dir. Langfritz.

Europa-Union, Kreisgruppe Karlsruhe

Heute abend, 19.30 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine wichtige Mitglieder-Versammlung statt, in der Landesgeschäftsführer Schuhmann, Mannheim, über „Die Arbeit der Europa-Union im modernen Europa“ spricht.

— als Erstaufführung für Karlsruhe — Hindemiths Symphonische Metamorphosen stehen auf dem Programm.

# HANDEL UND WIRTSCHAFT

## „Jedermann-Kleidung“ vor Weihnachten im Handel

Hamburg. (DENA) Das Programm über die Einführung eines neuen Gebrauchskleidungsstyps, das kürzlich von Prof. Dr. Ludwig Erhard angekündigt wurde und noch in diesem Jahre anlaufen soll, wird die bisherige Struktur unserer Bekleidungsindustrie wesentlich verändern. Der Vorstand des Verbandes der Hamburger Bekleidungsindustrie umriss kürzlich in einer Reihe von Referaten die Auswirkungen des neuen Programms auf Industrie, Handel und Konsumenten. Die inzwischen als „Jedermann-Kleidung“ benannte Ware soll in erster Linie für die breite Käufermasse eine strapazierfähige und billige Kleidung darstellen. Zum Vorbild wurde die während des Krieges in England eingeführte und außerordentlich bewährte „Utility-Ware“ genommen. Das Wortchen „Jedermann“ bedeutet dabei allerdings nicht, daß die Bekleidungsstücke etwa gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt werden sollen — sie kosten genau so viel Textilmaterial wie die bisherigen Waren —, sondern daß sie im Rahmen der Kaufkraft und des Bedarfs der Durchschnittsbevölkerung liegen. Um die Preise dieser Waren auf ein Minimum herabzudrücken, werden die Aufträge zur Herstellung von „Jedermann-Kleidung“ staatlicherseits im Submissionswege an die Industrie vergeben. Es etwa 70-80 Prozent der in Zukunft importierten Rohstoffmengen ausschließlich dem Jedermann-Programm zufließen sollen, wird sich in der Industrie ein natürlicher Wettbewerb zur Übernahme dieser Sub-

missionsaufträge entfalten. Dadurch sollen die Preise erheblich unter den derzeitigen Stand gedrückt werden. Diese Verbilligung wird vor allem dadurch möglich, daß nach Anlaufen des „Jedermann-Programms“ die Spinnereien und Tuchfabriken ihre Anlagen und Arbeitskräfte wieder hundertprozentig rationell ausnutzen können, was bisher bei der Verschiedenartigkeit der anfallenden Rohstoffpartien unmöglich war.

Ein „Jedermann“-Bekleidungsstück wird vom Einzelhandel mit einem besonderen Etikett gekennzeichnet und dürfte in der ganzen Bizone zu einem fast einheitlichen Preis erhältlich sein. Es ist geplant, in den

ersten drei Monaten der Laufzeit des Programms in der Bizone monatlich folgende Textilwaren für den Verkauf zur Verfügung zu stellen:

32 000 Schlosseranzüge, 250 000 Arbeitschossen, 500 000 Arbeitshemden, 250 000 Zwirnjacken, 125 000 Kinderschürzen, 100 000 Straßenanzüge, 100 000 Kindermäntel, 50 000 Damenmäntel, Ferner ist eine entsprechende Zuteilung von Regenmänteln beantragt worden. Da das Programm erst langsam zum Anlaufen kommen wird, hat sich die Bekleidungs- und Textilindustrie bereit erklärt, durch Vorschüsse aus derzeitigen Beständen schon jetzt mit der Herstellung von „Jedermann-Kleidung“ zu beginnen, so daß die ersten Posten bereits vor Weihnachten im Handel sein dürften.

## Gehemmer Interzonenhandel

Frankfurt. (SAZ) Nachdem am 29. August der Paktzwang zwischen der Bizone und der französischen Zone aufgehoben worden ist, haben sich die französischen Behörden bereit erklärt, ab 1. Oktober auch auf den Warenbegleitscheinzwang zu verzichten, der bisher im Warenverkehr zwischen den beiden Zonen erforderlich war. Trotzdem hat sich der Handel diesseits und jenseits des Rheins noch nicht gleichmäßig entwickelt. Die Schlüsseltüter, also Kohle, Eisen, Stahlwaren und Maschinen aus der Doppelzone und Grünholz, Schnittholz und Tabak aus der französischen Zone werden zwar weiterhin nach den abgeschlossenen Vereinbarungen ausgetauscht. Daneben gibt es in der Doppelzone jedoch

keine Einschränkungen mehr zur Ausfuhr nach der französischen Zone. Allerdings hat diese noch weit strengere Bewirtschaftungs-Bestimmungen und verbietet in vielen Fällen die Ausfuhr nach der Doppelzone. Meist haben auch die französischen Behörden ihre Hand auf den Handelsverkehr gelegt, so daß sehr oft eine Ausfuhr in die Doppelzone nicht gestattet wird. Aus diesem Grunde zeigt die Handelsbilanz der ersten Oktoberwoche deutlich, daß ein ungleichmäßiger Waren Austausch stattfindet. Dies ist umso besorgniserregender, als an der Grenze nach Frankreich noch keine deutschen Zoll- und Polizeibeamten eingesetzt werden, wie dies an der Schweizer Grenze inzwischen geschehen ist. Wie in Frankfurt verlautet, drängt jedoch das Zweifelskontrollamt darauf, daß eine entsprechende Vereinbarung mit der französischen Militärregierung über den Zollschutz abgeschlossen wird. el.

## 1,4 Milliarden Kriegsschäden im Hotelgewerbe

Frankfurt. (SAZ) Die Währungsreform wirkte sich auf das Hotelgewerbe zunächst sehr nachteilig aus. Die Zimmervermietungspreise müssen noch immer nach den alten Stoppreisen von 1938 berechnet werden. Dagegen haben die Hotels eine wesentliche Unkostensteigerung durch die Verteuerung aller gewerblichen Güter zu verzeichnen. Daher glaubt auch dieser Gewerbebereich eine Revision der Preise fördern zu können. Die Hauptzentren der Großstädte, wo sich die meisten Hotels befinden, sind durch den Krieg zerstört. Das wirtschaftswissenschaftliche Hotelier-Institut der Universität Heidelberg hat jetzt die Kriegsschäden des Hotelgewerbes in der Trizone auf 1,3 bis 1,4 Milliarden D-Mark beziffert. Hierbei sind die kleinen Gaststätten noch nicht berücksichtigt. Das Hotelgewerbe ist zudem meist langfristig verschuldet gewesen. Durch das Gesetz zur Sicherung von Forderungen aus dem Lastenausgleich hat die Abwertung der Reichsmark-Schulden also keine Erleichterung gebracht. Da ein Wiederaufbau der zerstörten Hotels nur durch neue langfristige Kredite und Hypotheken möglich sein wird, bleibt also lediglich eine erneute Verschuldung übrig. Dazu kommt der erhöhte Baupreis, der nach Be-

rechnungen des Instituts um das zweieinhalb- bis vierfache gestiegen ist. Gegenüber der Friedenszeit muß also ein wesentlich höheres Investitionskapital geschaffen werden. Für ein erstklassiges Hotel berechnet man rund 20 000 D-Mark für jedes Bett an Investitionskosten. Hierin sind auch die umfangreichen Verluste durch Demontage des Inventars in den Kriegsjahren inbegriffen.

Durch eine moderne Typisierung und Standardisierung glaubt man eine gewisse Kostensenkung zu erreichen. Vor allem muß aber die volle Belegung der Hotels gewährleistet sein. Das Hotelgewerbe plant zur Finanzierung seines großen Wiederaufbauprogramms eine Fremdenverkehrs-Treuhandgesellschaft zu errichten, die die benötigten Kapitalien beschaffen soll. Das Institut soll gleichmäßig mit Banken, Behörden und der Fremdenverkehrswirtschaft zusammenarbeiten, um die schwierige Lage zu meistern. Man denkt bei dieser Planung an die bekannte Schweizer Hotel-Treuhand, die natürlich unter besseren Bedingungen seinerzeit die Sanierung der Schweizer Hotels zufriedensstellend durchführen konnte. el.

Bremen. (DENA) Die Goliath-GmbH. Bremen wird im Frühjahr 1949 die Produktion der Dreirad-Kleinlieferwagen (Dreiviertel-Tonnen, 12 PS), die 1938 auf Grund der Typenbeschränkung eingestellt werden mußte, wieder aufnehmen. Zahlreiche Nachfragen aus dem In- und Ausland bezeugen, daß diesem Kleinwagen großes Interesse entgegengebracht wird. Das Unternehmen rechnet auf gute Exportmöglichkeiten. Zur Zeit werden die kriegszerstörten Anlagen in Bremen-Harstedt wieder instandgesetzt.

Düsseldorf. (DENA) Die Flachglashütten in der Bizone erreichen mit einer Monatsproduktion von rund 200 000 qm Flachglas nahezu den gleichen Ausstoß wie in der Vorkriegszeit. Die zurzeit noch durch den Mangel an Soda bestehenden Produktionshemmnisse werden im kommenden Jahre nach Inbetriebnahme der Sodafabrik Köln-Kalk größtenteils behoben sein. Die Glashütten liefern monatlich 45 000 qm Flachglas für den Export, 15 000 qm für die Verkehrswirtschaft und 10 000 qm für den Bergbau. Der Rest der Produktion verteilt sich auf andere Abnehmer. el.

## Benzinversorgung äußerst angespannt

Stuttgart. (SAZ) Das Landwirtschaftsamt Stuttgart weist darauf hin, daß auch durch die Zulassung der Hydrierwerke Geisenberg und Wesseling für die Aufarbeitung von Erdöl-Rückständen die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Benzin nicht besser geworden ist. Alle Mengen, die über die Hydrierwerke anfielen, würden auf die im Rahmen des Marshall-Planes der Bizone zugebilligte Menge angerechnet. Die Treibstofflage sei daher nach wie vor äußerst angespannt. Alle Versuche Württemberg-Badens zur Verbesserung dieser Lage seien bisher vergeblich gewesen.

Neues Verfahren im Schrott-Export. Stuttgart. (SAZ) Von der JEIA wurde die Einführung eines einheitlichen Verfahrens über den deutschen Schrottexport bekanntgegeben. Nach dem neuen Verfahren sollen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit je 500 000 t beliefert werden, während die anderen Marshall-Plan-Länder Anfang des kommenden Jahres etwa 225 000 t erhalten sollen. Für erstklassigen Schmelz-Schrott wurde ein Preis von 33,5 Dollar je Tonne ab deutsche Grenze festgesetzt, während Gußeisen-Schrott bei den gleichen Lieferungsbedingungen zu 52,3 Dollar verkauft werden soll.

Vorerst noch keine Reichsbahn-Anleihen. Frankfurt. (SAZ) Die Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung Eisenbahn und dem Zentral-Bankrat zur Auflegung einer Reichsbahnanleihe in der Doppelzone haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahn beabsichtigt, Schatzanweisungen mit 18monatiger Laufzeit und einem Zinssatz von 5,5 Prozent auszugeben. Die Anleihe sollte 200 Millionen D-Mark betragen. In Bankenkreisen ist man der Ansicht, daß der jetzige Augenblick noch nicht zur Auflage einer Anleihe geeignet ist. Die Banken haben deshalb den Vorschlag gemacht, daß die Post vorerst aus ihren Postcheckguthaben den Betrag ausleihen soll.

## Holländische Kapitalinteressen in Deutschland

Frankfurt. (SAZ) Im Oktober ist eine Sechsmächte-Besprechung über die Kapitalinteressen der Beneluxstaaten in Deutschland angesetzt worden. Hierbei soll entschieden werden, in welcher Weise vor allem das beträchtliche holländische Kapital in der deutschen Wirtschaft behandelt werden soll. Auf der Londoner Besprechung vom Frühjahr 1948 konnte hierüber noch keine Einigung erzielt werden. Von holländischer Seite verlautet hierzu, daß die Beteiligungen in Deutschland rund 1200 Millionen Goldmark betragen. Eine Milliarde hiervon ist in den Westzonen investiert. Dazu kommen weitere 1000 Millionen an Aktien, Obligationen und Grundstücken. Niederländische Interessen bestehen vor allem an den über 30 Werken der Oelmühlen und Margarineindustrie des Unilever-Konzerns in Deutschland, ferner an Betrieben der Nahrungsmittelindustrie, an der Rheinschiffahrt und an den Vereinigten Stahlwerken AG. el.

## Unsere Sportdecke

Vor dem Start in die Eishockey-Saison 1948/49 Die diesjährige Eishockey-Saison wird am 23. Oktober mit der Freundschaftsbegegnung zwischen dem VfL Bad Nauheim und dem EK Köln eröffnet. Das Programm sieht eine deutsche Eishockey-Meisterschaft, Spiele um den Leinweber-Pokal und Landesmeisterschaften vor.

Beschluß Garmisch-Partenkirchen Auf der Tagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Eisport (DAGE) in Garmisch-Partenkirchen wurde beschlossen, die deutsche Meisterschaft 1948/49 in Form einer Oberliga mit sechs Mannschaften nach dem Punktsystem auszutragen. SC Riessersee, VfL Bad Nauheim, EV Füssen, HC Augsburg und Preußen Krefeld stehen für die im Dezember beginnenden Punktspiele bereits fest, während der sechste Vertreter unter den Mannschaften aus Mannheim, Köln und Hamburg in einer Ausscheidungsrunde ermittelt wird.

Köln Favorit der Ausscheidungsrunde In der Ausscheidungsrunde darf man dem EK Köln die größten Chancen einräumen. Die Domstädter haben ihre Mannschaft durch Spieler der früheren Düsseldorfer EG und des EV Krefeld erheblich verstärkt, während über die Mannschaftsaufstellung von EG Hamburg und SC Mannheim, die im vergangenen Jahr keine besonderen Leistungen zeigten, noch nichts bekannt ist.

Bildung von Landesligen Die Bildung von Landesligen in den einzelnen Ländern stellt nicht nur eine Bereicherung des Spielprogramms dar, sondern bietet auch den kleinen Vereinen die Möglichkeit, einen regelmäßigen Spielbetrieb auf Meisterschaftsbasis durchzuführen. Damit ist gleichzeitig eine breite Grundlage für den weiteren Aufbau des deutschen Eishockeysports geschaffen worden. (Dena.)

## Gewinnverteilung des 3. Fußballtotes vom 16./17. Oktober

Beim 3. Fußballtote sind 19 851 DM aufgetrennt. Hiervon kommen 50% des Gewinnes zur Ausschüttung. Da kein Wettender 10 richtige Tips abgegeben hat und somit Rang 1 ausfällt wird der Ausschüttungsbetrag des 1. Ranges gleichmäßig Rang 2 und 3 zugezogen. Der Ausschüttungsbetrag für Rang 2 und 3 erhöht sich somit auf 4962,75 DM. Davon entfallen auf Rang 2 zwei Gewinne mit 9 richtigen Tips zu je 2481,- DM und auf Rang 3 zweiundzwanzig Gewinne mit 8 richtigen Tips zu je 225,50 DM. Die Beträge wurden den Gewinnern bereits überwiesen.

Für die uns anläßt des Todes mein. In. Menses, von. st. Vater. Schw. servat. Groß. u. Bruder. Andreas Heeb, Geschäftsführer, entgegenfahr. Teilhaber. seg. wir uns verbindl. Dank. Frau Rosa Heeb geb. Weindl. u. Anner. Karlsruhe. Vorh. 23.

**Veranstaltungen**

**Cabaret ROLAND**  
Jubiläum und Trübel beim Münchner Oktoberfest und dazu das Klasseprogramm mit Jochi NECK, Carl SUNDRA, Vera TURGO und BAYERINI  
der königliche Musik-Virtuose Eintritt nur DM 1,-. Erfrischungs Getränke von 50 Pfennig an.

**GROSS-GASTSTÄTTE NATER**  
Kaiser-Allee 13  
Telefon 6161

**Heute Herbstball mit Tanz**  
Eintritt frei

Die „KURBEL“-Bühne, Rosa E. Weidmann präsentiert: Toperstar-Bassett-Bühne. Direktion: Adolf Schmitt. 21. Okt. 1948: „Die 3 Dornröschen“. 22. Okt. 1948: „Das sind die Dorn“. 23. Okt. 1948: „Das Glück ist unter Himmelst“. Bei jeder Veranstaltung Jodel, Schanzplattler und Gesang. Beginn der Veranstaltungen jeweils 23.15 Uhr. Nach Schluß der Veranstaltungen Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen. — Eintrittspreise: 1.—, 2.— und 3.— DM. Die „KURBEL“, Kaiserstraße 111, bei der Hauptpost.

Verlangen Sie bei Ihrem Friseur nicht nur eine kalte Dauerwelle, verlangen Sie

**Die kalte Dauerwelle LOREOL**

Munzsches Konservatorium. Sonntag, 24. Okt. vorm. 11 Uhr, Studentenbau-Saal (am Durl. Tor). Matinee: Gymnastik u. Tanz. Schule E. Hardtmann. Karten zu 1.10, 2.20, 3.30 DM. Schülerermäßigung im Sekretariat, Waldstr. 78, Schiller-Gräß, Germania-Klinik, am Sealingang.

**Stellen-Angebote**

**INDUSTRIEOFENBAU** — Württemberg sucht für d. Technische Büro und Kundendienst Württemberg mit Erfahrung in Ofenwesen. Bewerbungen erb. unt. 14532 SAZ, Pich. Schreiermeister für Möbelanfertigung und Massenherstellung in Holzwaren für eine Belegschaft von ca. 20 Pers. in Karlsruhe zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 35727 an SAZ Karlsruhe.

Bürohilfe, mit Kenntnissen in Steno u. Maschinenschreiben. für Baugeschäft gesucht. 00 1413 Anzeigen-Bekr., Karlsruhe, Karlsruhe 14.

**Stellungsangebote**

Erstkl. Quart. od. Quart. frei f. 2. Ges. Doppel. Bes. Konzert. mod. Ten. musik. 00 35857 SAZ, Karlsruhe.

**Kraftfahrer**  
28 J., mit Führerschl. II, Gen.-Gas, Kenn. evtl. als Beif. od. sonst. Benutzbarkeit. Befäh. Wohnung f. fünfköp. Fam. 4 Erwachsene, 1 Kind. J. Strecker, Karlsruhe, Jollystr. 10.

**Zu vermieten**

Einl. möbl. Zimmer mit voller Pens. ev. verm. 00 35858 SAZ, Karlsruhe.

**Zu verkaufen**

Piano, gut erhalten, geg. bar gesucht. Musikhaus Scheller, Kaiserstr. 26, Ruf 7048.

K.-Herd, w. II-Bad, geb. u. Schein-Motortrieb, zu vk. Morgenstr. 24, Werkst.

Selbst zu verkaufen: 1 geb. Holzbohle, 800 mm Hohlendurchmesser, u. Motor, 1 neue dito, 500 mm Hohlendurchmesser. Angebote unter 95257 SAZ, Mühlacker.

**Großtankstelle**  
Tag und Nacht im Betrieb mit modern eingerichteter Wagnpflege und Abdruckstation  
**Autohaus Veit, Bretten, Fernruf Nr. 315**

Bei Katarakt stets: **SCHNEIDER LINOL**  
In allen Apotheken erhältlich

**UNU jetzt in Pilsen!**  
FRIEDENS-QUALITÄT!  
Automarkt  
PKW, bis 1,5 ltr., gegen bar zu kauf. gebe neue. Motorrad, „UNU-Quick“, in Tausch. 00 33550 SAZ, Karlsruhe.

**Tiermarkt**  
1 schw. Klebsopht, Rüchchen, 12 W. alt, zu vk. Schmidt, Desanden, Kirmstr. 15.

**Verschiedenes**  
Monogramme in Wäsche stickt u. verleiht Springer, Kbe., Westendstr. 45.

**Bürstenhölzer**  
Inoffen. Lieferant. 00 14533 SAZ, Pflanzheim.

**Geschäftliche Empfehlungen**  
Bottel, 1,50, Kredenz, süßem pol. mod., gerade Form, etwas gebuchtet C. Papp, Amalienstraße 33.

**Juwelia**  
KREUZSTRASSE 27  
TELEFON 2090  
Uhren und Schmuck  
Reparatur und Umarbeitungen werden sorgfältig und preiswert ausgeführt.

**HAKI WERK GÖTZINGEN**  
Waschen Sie richtig mit HAKI?  
Selbst bei grauer und vergilbter Wäsche können Sie in der heißen Zeit fertig sein. Haki ist selbsttätig und chlorfrei. Das neue Haki ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

**Kunststofferei**  
Werner Hasenfuß, Karlsruhe, Tel. 8060  
jetzt Rippgerät für 35 (Halbrot. Sammel)  
Kunststoffes Stopfen u. Tawehen von Binsen, Brandbüchern usw. an Kleingewerblichen. Kleinstes Spezialgeschäft am Platz! — Beste Preise!

**Fahrrad-Decken**  
alle Größen, werden schnellstens vulkanisiert.  
Annahmestelle:  
**Theo Schroth**  
Kaiser-Allee 61a  
Telefon 7442

**Fahrrad-u. Nähmaschinen-Reparaturen**  
Nadeln, Spulen und Ersatzteile.  
**Theo Schroth**  
Kaiser-Allee 61a  
Telefon 7442

**Hepp Bestecke und Tafelgeräte**  
wie seit 1863 lieferbar  
Reparaturen auch fremder Fabriken werden wieder ausgeführt  
**Gebrüder Hepp G. m. b. H.**  
Pforzheim (Baden) — Glauchau (Sachsen)  
Niederlassung Zürich  
Fabriken schwerversilberter Bestecke und Tafelgeräte für Hotels, Schiffahrts-Gesellschaften, Restaurants, Sanatorien, Cafés, Kinos, Erholungsheime, Kantinen, Konditoreien und Privats.

Wo kaufen Sie Ihre **Brille?**  
Natürlich im Fachgeschäft **K. Karg**  
Karlsruhe, am Durlacher Tor, Durlacher Allee 2.  
Bedienung mit Jahrzehnter. Erfahrung!

**Joh bin wieder da!**  
Nimm DARMOL - du fühlst dich wohl!  
**DARMOL**  
DARMOSAN MEMMINGEN

**GERLING**  
VERDIENET VERTRAUEN  
VERSICHERUNGS GESELLSCHAFTEN

**GE-RI**  
ihre Rasierklinge